

Privatisierung im Vermessungswesen

Vermessenes Ziel: 80-Prozent-Quote scheint manchen utopisch

Von dem Ziel der Landesregierung, die Privatisierung im Vermessungssektor weiter auszubauen, ist man noch weit entfernt. Viele freiberufliche Vermesser sind darüber enttäuscht. Jetzt könnte eine Gesetzesreform hier jedoch einiges ändern.

Von Christian Gregor Landwehr

NECKARTAILFINGEN. Die Martinskirche von Neckartailfingen und ihr schiefer Kirchturm sind eine willkommenen Abwechslung für die Vermesserin Viola Streicher. „Normalerweise beschäftigen wir uns als öffentlich bestellte Vermesser mit Ingenieursarbeiten an Neubauten sowie mit Vermessungen an Grundstücken und Eigentums Grenzen“, erklärt Streicher, die zusammen mit ihrem Vater Siegfried Streicher ein Vermessungsbüro leitet.

Viola Streicher und ihr Kollege Frank Döbler haben 19 kleine Messingbolzen – Höhenmesspunkte – im unteren Bereich des Mauerwerks angebracht. Damit können sie alle ein bis zwei Jahre messen, ob das fast 900 Jahre alte Bauwerk absinkt. Denn das hat ein Eigenleben entwickelt. Der Turm neigt sich in zwei Richtungen. Um etwa einen Meter nach Westen vom Kirchenschiff weg und um etwas weniger nach Süden zum Neckar hin. Und auch das Kirchenschiff bewegt sich.

Streicher schaut durch den Theodolit und peilt mit dem Fadenkreuz einen Messingbolzen an. Die 45-jährige Mutter von zwei Kin-

dern ist seit 1995 öffentlich bestellte Vermesserin. Der romanische Bau in dem beschaulichen Neckarstädtchen unter blauem Himmel bei Sonnenschein – eigentlich scheint alles in Ordnung zu sein. Doch die freiberuflichen Vermesser klagen schon seit Langem. Denn im Rahmen der Verwaltungsreform hatte die Landesregierung 2004 beschlossen, den Anteil der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure an Katastervermessungen und Grenzfeststellungen bis zum Jahr 2011 auf 80 Prozent zu erhöhen. Doch von diesem Ziel ist man im Land noch weit entfernt.

Zahl der Vermessungsarbeiten ist rückläufig

Im Jahr 2008 lag ihr Anteil bei rund 52,6 Prozent. Dazu kommt, dass die Zahl der Vermessungsarbeiten durch den Rückgang an Baumaßnahmen deutlich abgenommen hat. Für Viola Streicher ist das ein Problem. Etwa 75 Prozent ihrer Aufträge beziehen sich auf das Liegenschaftskataster, Aufträge wie die Kirche in Neckartailfingen sind eine Ausnahme. Zwei Mitarbeiter musste sie in den vergangenen zwei Jahren entlassen. „Das war bitter“, sagt Streicher. Denn beide hatten bei ihrem Vater die Ausbildung gemacht, waren viele Jahre angestellt.

Diese Probleme kennt auch Dieter Seitz, der Vorsitzende des Bundes der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure (BDVI) in Baden-Württemberg. Viele Büros hätten Mitarbeiter entlassen, rund ein Drittel habe Kurzarbeit angeordnet,



Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure wie Viola Streicher aus Nürtingen klagen darüber, dass der vom Land beschlossene Anteil an öffentlichen Vermessungsaufträgen für die Freiberufler von den Kommunen bei Weitem nicht eingehalten wird. FOTO: LANDWEHR

sagt er. Ihn ärgert vor allem die Konkurrenz aus den Landratsämtern. Denn die großen Aufträge kämen nach wie vor von den Kommunen. „In manchen Landkreisen stehen diese stark unter Druck“, so Seitz. Die Kreise würden damit drohen, die Kreisumlage zu erhöhen, wenn die Aufträge nicht an die Vermessungsämter vergeben würden. „Wir fordern eine gesetzliche Trennung der Auftraggeber“, so der Verband. Die Vermessungsämter sollten nur noch für den Kreis arbeiten. Der BDVI macht schon seit Langem Druck. Auch im Landwirtschaftsministerium will man die 80-Prozent-Marke unbedingt erreichen.

Deshalb soll jetzt auch das Vermessungsgesetz neu geschrieben werden. Im Herbst soll es dafür einen Referentenentwurf geben. „Ziel ist es, den Anteil der öffentlich bestellten Vermesser an Liegenschaftsvermessungen durch eine gesetzlich geregelte Aufgabenzuweisung schneller zu erhöhen“, er-

läutert Thomas Schorb vom Landwirtschaftsministerium. Darin ist unter anderem vorgesehen, die Teilungsvermessung „in der Regel“ an die Freischaffenden zu vergeben.

Die meisten Landkreise machen mit der Vermessung Verluste

Mit dieser Regelung, können die Landkreise wenig anfangen. Die meisten von ihnen machen mit der Vermessung Verluste. Die lukrativen Bereiche gesetzlich auszuklamern, kommt für sie nicht in Frage. Über eine Kostenerstattung bekommen sie vom Land zwar einen Teil des Defizits ausgeglichen. Dabei werden die Ausgaben den Einnahmen gegenüber gestellt.

Im Finanzausgleichsgesetz wurden im Vermessungsbereich landesweite Einnahmen von rund 52 Millionen Euro und Ausgaben von rund 98 Millionen Euro zugrunde gelegt. Die Differenz erhalten die Landkreise im Rahmen des Finanz-

ausgleichs abzüglich der Effizienzrendite erstattet, wobei die Gebühreneinnahmen zuweisungsminierend berücksichtigt werden.

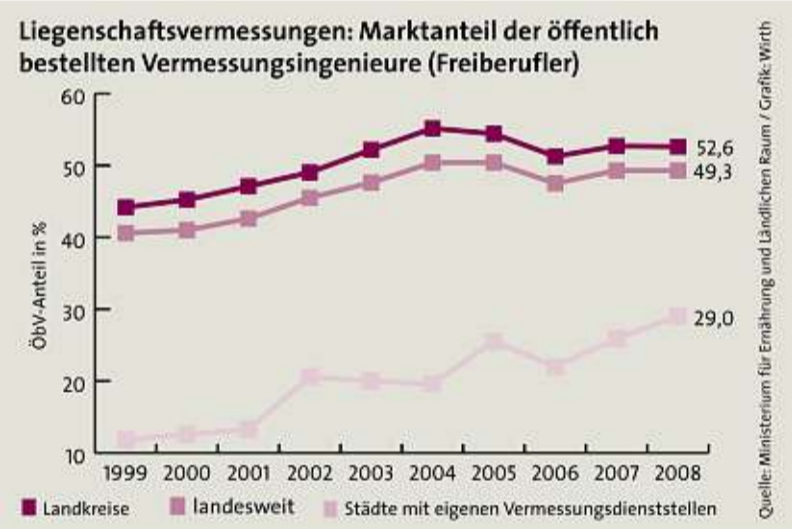
Da die Gebühreneinnahmen von Jahr zu Jahr stark schwanken, wurde bei der Verwaltungsreform 2005 für sie ein Mittelwert aus den Jahren 1998 bis 2005 zugrunde gelegt. „Es zeigt sich, dass Jahre zugrunde gelegt wurden, in denen viel vermessen wurde“, kritisiert Christoph Dreher vom Landkreistag. Deshalb sucht derzeit eine Arbeitsgruppe der Gemeinsamen Finanzkommission hier nach Lösungen.

Im Verwaltungsstruktur-Reform-Gesetz sind „Zielvereinbarungen“ zwischen dem Landesvermessungsamt und den Landratsämtern vorgeschrieben. 34 der 35 Kreise haben solche Vereinbarungen unterschrieben, „zum Teil zähneknirsch“, so Dreher. Denn aus seiner Sicht ist die 80-Prozent-Quote in manchen Landstrichen schlicht „utopisch“. Während es in

Regionen mit hohen Bodenpreisen viele freie Vermesser gibt, ist der ländliche Raum für sie oft wenig attraktiv. Im Landkreis Sigmaringen gebe es nur einen öffentlich bestellten Vermesser, berichtet Landkreissprecher Benedikt Bugge.

Dies dürfte auch historische Gründe haben. Denn während es im Badischen schon seit hundert Jahren private Vermesser gibt, ist dies in Sigmaringen relativ neu. Fest steht, dass der Kuchen kleiner geworden ist und die Konkurrenz damit größer. Auch in den Landratsämtern herrscht die Angst vor Stellenabbau.

Denn je weniger Geld durch Gebühren erwirtschaftet wird, desto schwieriger wird es, die Zahl der Mitarbeiter zu rechtfertigen. So treiben die Entwicklungen im Vermessungswesen vielen die Sorgenfalten auf die Stirn. Auch Viola Streicher. Wenn sie in einem Jahr zur nächsten Messung an die Martinskirche in Neckartailfingen kommt, könnte in ihrem Beruf einiges anders sein.



Interview

„Nicht alles, was in der Vergangenheit in Sachen Tourismus gemacht wurde, war der Weisheit letzter Schluss“

Wirtschaftsminister Ernst Pfister zu Planungsspannen, Chancen in der Krise und zur Kritik am ehemaligen Marketing-Geschäftsführer

Der Tourismus in Baden-Württemberg ist eine Wachstumsbranche. Politisch zuständig ist Wirtschaftsminister Ernst Pfister (FDP). Im Gespräch mit dem Staatsanzeiger lobt er die Vielfalt. Und er schließt nicht aus, dass Bodensee, Schwarzwald oder Alb von der Krise profitieren.



Ernst Pfister, FDP Wirtschaftsminister

Staatsanzeiger: Herr Pfister, die Krise trifft viele Branchen besonders hart. Wie sieht es im Tourismus aus?

Ernst Pfister: Besser, eindeutig besser. Nicht nur im Vergleich zu anderen Branchen, sondern vor allem auch im Vergleich zu früheren Jahren. Seit 2004 wachsen die Zahlen. Im Vorjahr hat Baden-Württemberg mit 43 Millionen Übernachtungen das bislang beste Ergebnis überhaupt erzielt.

Und in diesem Jahr?

In den ersten fünf Monaten des Jahres 2009 verzeichnen wir Einbußen von rund vier Prozent. Das hängt aber nicht nur mit der Krise

zusammen, da spielen auch andere Faktoren herein, wie das schlechte Wetter zu Ostern und zu Pfingsten. Ich empfehle allen, das Ende der Sommerferien abzuwarten.

Kann das Land in Zeiten der Krise touristisch punkten?

Das ist eine gute Frage, die noch nicht abschließend zu beantworten ist. Aber einiges deutet darauf hin, dass mehr Leute als noch vor

Kurzem ihr Geld lieber im Ländle ausgeben.

Die Tourismus-Marketing-Gesellschaft hat seit Kurzem einen neuen Geschäftsführer. Die Kritik an seinem Vorgänger ist nicht vergessen. Was muss geschehen, um die Arbeit wieder aufs Inhaltliche zu konzentrieren?

Wir haben die Entscheidungsgrundlage, auch auf Empfehlung des Rechnungshofs, verbreitert und die Satzung geändert. Wir wollen mehr Touristiker aus dem Land einbinden. Grundsätzlich ist die TMBW eine staatsferne Gesellschaft. Allerdings hat das Land eine nicht ganz unwichtige Aufgabe: Es gibt Zuschüsse, und zwar 3,5 Millionen Euro im Jahr aus Spielbank-Erlösen. Außerdem fließt 2009 noch einmal eine Million aus dem Impulsprogramm Baden-Württemberg.

Muss die Förderung insgesamt überdacht werden?

Es gibt ja diese drei Säulen. Erstens die Mittel für die TMBW, zweitens weitere Mittel im Rahmen der einzelbetrieblichen Tourismusförderung über zinsverbilligte Darlehen, drittens die Infrastrukturförderung mit ihren drei Programmen und 2009 rund 15 Millionen Euro. Davon profitieren insbesondere die prädikatisierten Tourismusgemeinden im Land, unter anderem mit sogenannten Leuchtturmprojekten...

... darunter sind aber auch Dinge wie eine Sprungschanze, auf der keine Weltcup-Springen stattfinden.

Nicht alles, was gemacht worden ist, war der Weisheit letzter Schluss. Und manches, beispielsweise ganz aktuell die geplante Tiefgarage auf dem Feldberg, kollidiert mit Förderrichtlinien. Prinzipiell ist es aber richtig, die Kommunen aufzufordern, sich interessante, innovative Projekte auszu-denken, die über die Grenzen hi-

naus Strahlkraft haben, und sie mit Landesmitteln zu fördern.

Leuchttürme könnten auch die Bäder sein. Doch manche sind eine Last.

Viele Bäder sind Leuchttürme, und die anderen müssen es wieder werden. Das kostet Geld, das weiß ich, aber wir haben keine andere Wahl. Wir können sie nicht verkommen und in der Kreisliga spielen lassen. Das wäre angesichts der internationalen Konkurrenz, auch in Tschechien oder Ungarn, der Anfang vom Ende. Wir wollen in der Europa-Liga bleiben oder zurück in die Europa-Liga. Und wer dagegen mit finanziellen Aufwendungen argumentiert, dem sei gesagt, dass vom Tourismus in Baden-Württemberg 280 000 Arbeitsplätze abhängen – etwa so viele wie im Maschinenbau.

Das Gespräch führte Brigitte Johanna Henkel-Waidhofer

Verband mit Tradition

Die Tourismus Marketing GmbH Baden-Württemberg (TMBW) ist aus den Landes-Fremdenverkehrsvereinen von Baden und Württemberg entstanden. 1954 wurde die „Arbeitsgemeinschaft der Fremdenverkehrsverbände in Baden-Württemberg“ (AdF) ins Leben gerufen, deren Aufgabe vor allem darin bestand, Fördermittel zu verteilen und überregional zu werben, und die 1969 in den Landesfremdenverkehrsverein und 1992 in die TMBW umgewandelt wurde.

Heute stehen Tourismusförderung, Beratung und die Entwicklung von Strategien im Zentrum. Die TMBW vertritt die Interessen der Branche gegenüber Landtag, Landesregierung und den Behörden und organisiert die überregionale Zusammenarbeit. Es werden Werbeanfertiger und -maßnahmen koordiniert oder gemeinsame Aktionen mit Verkehrsträgern, etwa der Deutschen Bahn, entwickelt. Seit Mai hat die Gesellschaft einen neuen Geschäftsführer, der aus dem Journalismus kommt: Andreas Braun hat Roger Heidt, heute Erster Bürgermeister in Pforzheim, abgelöst. Die TMBW hat 15 Mitarbeiter.